

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **20.06.2018**, 17:15 Uhr - 18:32 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Astrid Bühl, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Christoph Kattentidt, Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Siegfried Köhl,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Ulrich Schülbe, Margareta Seiling, Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Marion Jürgens-Beike, Heinz Lembeck, Helen Meyer, Axel Remmeke, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Annette Siemer-Eikermann, Christine Westphal, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Gaby Comos-Aldejohann, Otmar Knüvener, Christel Loschelder, Otto Reiners,

Gäste:

- Dr. Michael Lucas, Geschäftsführer der Klarastift Service GmbH
- Maria Boresch-Bogovic, Geschäftsführerin Personal und Pflegedienstleitung der Klarastift Service GmbH
- Franz-Josef Dierkes, Wirtschaftsprüfer von der Sozietät Dierkes Voosholz Sandker

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 20.06.2018

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0254/2018</u>
II | 5. Kosten für Abfallentsorgung bei Menschen, die auf Grund einer Behinderung oder aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen einen erhöhten Bedarf an Windeln haben |
| <u>V/0283/2018</u>
V | 6. Sprechstunde für geflüchtete Kinder und Jugendliche im Gesundheits- und Veterinäramt der Stadt Münster |
| <u>V/0252/2018</u>
V | 7. Inanspruchnahme des Notfallfonds zur Notfallversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung |

<u>V/0525/2018</u> VI	8.	Nachhaltige Quartiersentwicklung und Quartiersmanagement
<u>V/0464/2018</u> V	9.	Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof / Bremer Platz
<u>V/0475/2018</u> V	10.	Neues Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen - Festlegung weiterer Standorte
<u>V/0493/2018</u> V	11.	Kommunale Stiftungen Münster - Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements
<u>V/0460/2018</u> V	12.	Unternehmensgruppe Altenzentrum Klarastift / Änderung des Gesellschaftsvertrages der Ambulante Dienste Klarastift GmbH
<u>V/0461/2018</u> V	13.	Feststellung der Jahresabschlüsse 2017 der Kommunalen Stiftungen
<u>V/0445/2018</u> V	14.	Basisinformationen Jobcenter
	15.	Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Kollmann begrüßte Herrn Jehkul und Herrn Dr. El-Gindi als neue stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung. Herr Jehkul und Herr Dr. El-Gindi lasen die Verpflichtungsformel vor. Anschließend bekräftigte Herr Kollmann die Verpflichtungen mit Handschlag.

Außerdem begrüßte Herr Kollmann Frau Jürgens-Beike als stellvertretende Schriftführerin im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Herr Heinemann beantragte, die unter Punkt 8 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0525/2018 „Nachhaltige Quartiersentwicklung und Quartiersmanagement“ ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium zu schieben.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Weitere Änderungswünsche wurden nicht geäußert.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.1 informierte zum Bearbeitungsstand des Ratsantrags A-R/0028/2017 „Für Münsters Zukunft: Nachhaltigkeit planen und sozial gestalten“.
Die Information wurde als Tischvorlage verteilt und ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.
- 3.2.2 berichtete über die Ausschreibung der Betriebsträgerschaften für die Flüchtlingseinrichtungen in Roxel und Nienberge.
Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**.
- 3.2.3 stellte den aktuellen Stand zum Thema „EU-Zuwanderer/-innen ohne Leistungsansprüche nach dem SGB II“ dar und beantwortete Fragen der Mitglieder.
Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.
- 3.2.4 informierte über Zuschüsse an Dritte (Beschlüsse zum Haushalt 2018).
Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**.
- 3.2.5 wies auf die nachfolgenden Unterlagen hin, die die Mitglieder vorab per mail erhalten hatten. Die Unterlagen sind der Niederschrift beigelegt.
- Daten zur Flüchtlingssituation – **Anlage 5**
 - Informationen zum Münster-Pass – **Anlage 6**

Herr Dr. Schulze Kalthoff

- 3.2.6 berichtete aus der Sitzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) am 06.06.2018.
Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 7**.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Soweit Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses zu einzelnen Punkten der Tagesordnung vorlagen, sind sie unter dem jeweiligen Punkt der Tagesordnung aufgeführt.

Sonstige Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses lagen nicht vor.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0254/2018**

Kosten für Abfallentsorgung bei Menschen, die auf Grund einer Behinderung oder aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen einen erhöhten Bedarf an Windeln haben

Den Mitgliedern lag der Beratungsverlauf zur Vorlage mit dem abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und der Stellungnahme der Verwaltung zu diesem abweichenden Beschluss als Tischvorlage vor.

Herr Remmeke erläuterte kurz die Vorlage und die Stellungnahme der Verwaltung zum abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Frau Winkel äußerte ihr Befremden über die Vorlage und stellte für die SPD-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einführung eines Windelsacks möglich ist und hierfür die voraussichtlichen Kosten für eine Subventionierung darzustellen. Hierbei soll die Verwaltung die Erfahrungen anderer Städte berücksichtigen, die bereits eine Windeltonne bzw. – sack eingeführt haben.

Vertreter aller Fraktionen begrüßten den Antrag der SPD-Fraktion, regten aber an, den Prüfauftrag dahingehend zu erweitern, dass auch die Einführung einer Windeltonne geprüft werden solle.

Frau Wibben erläuterte den abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

Vertreter aller Fraktionen schlugen vor, den Punkt 3 in dem abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen aufzugreifen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung stimmte zunächst über den SPD-Antrag in der erweiterten Fassung ab und beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einführung eines Windelsacks/-tonne möglich ist und hierfür die voraussichtlichen Kosten für eine Subventionierung darzustellen. Hierbei soll die Verwaltung die Erfahrungen anderer Städte berücksichtigen, die bereits eine Windeltonne bzw. – sack eingeführt haben.

Anschließend stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über den Punkt 3 in dem abweichenden Beschluss der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen ab und beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in einem ersten Schritt die Übernahme von höheren Kosten durch Abfallgebühren infolge eines erhöhten Windelbedarfs bei Kindern mit Behinderung bis zum Alter von 18 Jahren durch die Stadt Münster möglich ist.

Danach beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage in der geänderten Fassung einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss:

I. Sachentscheidung

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Einführung eines Windelsacks/-tonne möglich ist und hierfür die voraussichtlichen Kosten für eine Subventionierung darzustellen. Hierbei soll die Verwaltung die Erfahrungen anderer Städte berücksichtigen, die bereits eine Windeltonne bzw. – sack eingeführt haben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in einem ersten Schritt die Übernahme von höheren Kosten durch Abfallgebühren infolge eines erhöhten Windelbedarfs bei Kindern mit Behinderung bis zum Alter von 18 Jahren durch die Stadt Münster möglich ist.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0283/2018	Sprechstunde für geflüchtete Kinder und Jugendliche im Gesundheits- und Veterinäramt der Stadt Münster
---	---

Frau Dr. Siemer-Eikermann stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fraktionen lobten den Bericht und die geleistete Arbeit.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0252/2018	Inanspruchnahme des Notfallfonds zur Notfallversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung
---	---

Herr Dr. Schulze Kalthoff stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0525/2018	Nachhaltige Quartiersentwicklung und Quartiersmanagement
---	---

Die Vorlage wurde ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium geschoben (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

Punkt 9 der Tagesordnung V/0464/2018	Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof / Bremer Platz
---	--

Herr Lembeck stellte die Vorlage vor.

Frau Arnkens-Homann und Herr Lembeck beantworteten Fragen der Mitglieder.

Frau Grönefeld begründete die Skepsis der FDP hinsichtlich der Einrichtung des Quartiersmanagements Stadtraum Hauptbahnhof/Bremer Platz und kündigte die Ablehnung der Vorlage an.

Frau Arnkens-Homann sagte eine Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, wie unter Punkt 7 in der Begründung der Vorlage angekündigt, spätestens zum Jahresende 2018 zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage mehrheitlich (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (FDP) und einer Enthaltung (DIE LINKE.) und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt dem in der Begründung dargestellten Konzept für das Quartiersmanagement Stadtraum Hauptbahnhof / Bremer Platz zu.
2. Der Rat nimmt die Zwischenberichte zum Stand der Prüfungen für eine Aufstockung des bestehenden Gebäudes des INDRO-Drogenhilfezentrums am Bremer Platz 18 - 20 oder räumliche Alternativen (Antrag an den Rat Nr.: A-R/0025/2018) sowie zur Einrichtung einer Doppelstreife des kommunalen Ordnungsdienstes zur Kenntnis.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1. eine wissenschaftliche Begleitung für das Quartiersmanagement für den Stadtraum Hauptbahnhof / Bremer Platz zu gewinnen,
 - 3.2. geeignete Räumlichkeiten im unmittelbaren Umfeld des Bremer Platzes zu suchen und - wenn möglich - zu wirtschaftlich vertretbarem Aufwand zu nutzen, um ein Kontaktbüro vor Ort einzurichten,
 - 3.3. zusätzliche Angebote für die Übergangszeit bis zur Neugestaltung des Stadtraums Bremer Platz auf und im Umfeld der Grünanlage zu schaffen, die trotz der Flächenverluste durch die Einrichtung von Baustelle und Umfahrung zur Neubebauung der Hauptbahnhof-Ostseite einer Verdrängung der Szenen entgegenwirken, insbesondere
 - 3.3.1. eine Erweiterung der WC-Anlage in vandalismushemmender, einfacher Konstruktion als Alternative gegen das Urinieren auf Straßen und Anliegerflächen,
 - 3.3.2. Sichtschutzelemente, die auf Teilen der Grünanlage - als Ersatz für die inzwischen abgebrochenen Pergolaelemente - einen geschützten Aufenthalt von Menschen und kleineren Gruppen ermöglichen sowie
 - 3.3.3. weitere Maßnahmen, die geeignet sind, diesen Zweck zu unterstützen oder Kommunikationswege zu den verschiedenen Nutzergruppen aus den Szenen zu eröffnen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die überschlägig ermittelten Kosten für die Anschaffungen im Rahmen von Übergangsmaßnahmen, insbesondere von Sichtschutz, die regelmäßige Reinigung und Wartung einer erweiterten WC-Anlage sowie eine Raummiete und die Miete einer erweiterten WC-Anlage betragen ca. 89.000 € im Jahr 2018. In den folgenden knapp fünf Jahren werden voraussichtlich nur noch die Aufwendungen für Mieten, Reinigung und Wartung fällig, die überschlägig ca. 78.000 € jährlich betragen. In der folgenden Tabelle sind die laufenden Aufwendungen dargestellt.

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	09				
Auszahlungen		für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2018	30.000	für die Beschaffung von Sichtschutzelementen
Summe aller Auszahlungen			2018	30.000	

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2018	40.000	Wartung/Pflege; wissenschaftliche Begleitung
			2019 ff.	40.000	Wartung/Pflege; wissenschaftliche Begleitung
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2018	19.000	Raum-/WC-Miete
			2019 ff.	38.000	Raum-/WC-Miete
Insgesamt:			2018	59.000	
			2019 ff.	78.000	

Die 2018 erforderlich werdenden Auszahlungs- und Aufwandsermächtigungen werden im Wege der flexiblen Haushaltsführung aus dem vorhandenen Budget bereitgestellt. Die zur weiteren Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen werden im Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2019 ff im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0503, Sicherung besonderer sozialer Bedarfe, eingestellt.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0475/2018**

Neues Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen - Festlegung weiterer Standorte

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die Flüchtlingseinrichtung im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1 wird aufgelöst und die dafür bisher genutzten Räumlichkeiten werden als dezentrale Obdachloseneinrichtung mit ca. 50 Plätzen umgenutzt.
2. Das Gebäude Johanniterstraße 20 wird dauerhaft als Obdachloseneinrichtung mit bis zu ca. 34 Plätzen angemietet, umgebaut und genutzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1. zeitnah weitere Vorschläge für die Nutzung eines oder mehrerer Gebäude zunächst mit in der Summe ca. 35 bis 40 Plätzen für Zwecke der Wohnungslosenhilfe zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen und
 - 3.2. perspektivisch die Suche nach dauerhaften Gebäudelösungen für den Bereich der Wohnungslosenhilfe fortzusetzen, um bislang temporäre oder noch nicht langfristig abgesicherte Angebote bei Bedarf zu ersetzen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Bei der Vermeidung von Wohnungslosigkeit handelt es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind als qualitative Standardausweitung entsprechend der Beschlusslage konzipiert. Mit der Vorlage V/1046/2017 „Neues Konzept für die Betreuung von Menschen in städtischen Obdachloseneinrichtungen - Entwicklung des Standortes Trauttmansdorffstraße“ wurden die laufenden Aufwendungen für die Umsetzung des neuen Konzepts bereits dargestellt und finanziert.

Für die notwendigen Renovierungsarbeiten im Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 1 stehen im Haushaltsplan 2018 laufende Mittel zur Verfügung. Die mit dieser Vorlage vorgeschlagenen Umbaumaßnahmen im Gebäude Johanniterstraße 20 sind voraussichtlich mit den in der folgenden Tabelle dargestellten, im Haushaltsplan 2018 nicht veranschlagten, Auszahlungen verbunden.

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Auszahlungen Zeile	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2018	500.000	
Summe aller Auszahlungen / Saldo				500.000	

Die zusätzlichen investiven Auszahlungen werden außerplanmäßig gem. § 83 GO NW bereitgestellt. Deckung aus der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“, Investitionsmaßnahme 4115 „Herrichtung Flüchtlingseinrichtungen“.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0493/2018**

**Kommunale Stiftungen Münster - Förderung des
Bürgerschaftlichen Engagements**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0460/2018**

**Unternehmensgruppe Altenzentrum Klarastift / Än-
derung des Gesellschaftsvertrages der Ambulante
Dienste Klarastift GmbH**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Der Gesellschaftsvertrag der **Ambulante Dienste Klarastift GmbH** wird in Paragraph 3 Absatz 1 Satz 1 „Gemeinnützigkeit“ um den Zweck der Mildtätigkeit ergänzt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der städt. Haushalt ist nicht betroffen.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0461/2018**

**Feststellung der Jahresabschlüsse 2017 der Kom-
munalen Stiftungen**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Die in der Anlage beigefügten Jahresabschlüsse zum 31.12.2017 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

**Magdalenenhospital
Siverdes
Vereinigte Pfründnerhäuser
Pfründnerhaus Kinderhaus
Bürgerwaisenhaus**

und der rechtlich unselbstständigen Stiftungen

**Friedrich und Irmgard Buschmann
Generalarmenfonds
Hüfferstiftung**

sowie der Eigentümergemeinschaften

**288 Wohnungen Münster-Coerde
Altenzentrum Klarastift
Gesundheitshaus
Altenwohnungen Finkenstraße
Altenwohnungen Kirchhoffweg**

werden festgestellt.

2. Für die Prüfung der Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2018 der Kommunalen Stiftungen wird die Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, bestellt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der städt. Haushalt ist nicht betroffen.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0445/2018**

Basisinformationen Jobcenter

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Lichtenstein-van Lengerich wies auf einen Beitrag der Flüchtlingshilfe Münster SüdOst auf facebook zu den Personalwechseln bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in den Flüchtlingseinrichtungen hin. Frau Arnkens-Homann gab eine kurze Stellungnahme dazu ab.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung